

GESUNDHEIT UND KLINIKEN

Titel	Seite
Der Anachronismus EG1 muss weg: auch im Eigenbetrieb Leben und Wohnen!	2
Gesundheitsamt braucht Stellen für die Umsetzung der Trinkwasserverordnung und zur Koordination der Hebammenversorgung	3
Gesundheitsschutz durch Stärkung des Gesundheitsamts verbessern – niemand darf zu Schaden kommen!	5
Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für städtische Beschäftigte unterstützen	6
<u>Summe: 4 Anträge</u>	

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Der Anachronismus EG1 muss weg: auch im Eigenbetrieb Leben und Wohnen!

Wir beantragen:

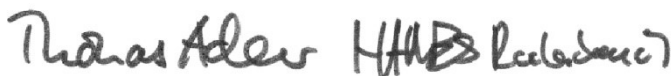
1. Im Eigenbetrieb Leben und Wohnen werden keine Eingruppierungen in die Entgeltgruppe 1 mehr vorgenommen.
2. Die Mitarbeiter*innen, die heute noch in EG1 sind, werden in höhere Entgeltgruppen eingestuft.
3. Der Wirtschaftsplan des ELW wird sofern erforderlich dahingehend geändert.

Begründung:

Im Eigenbetrieb Leben und Wohnen werden rund 76 Mitarbeiter*innen der Hauswirtschaft und Küche nach EG1 bezahlt.

Die EG1 bildet im ELW die Anforderungen an die Mitarbeiter*innen so wenig ab wie dies bei ähnlich gelagerten Tätigkeiten im Klinikum der Fall war. Im Klinikum Stuttgart werden deshalb inzwischen keine Eingruppierungen in EG1 mehr vorgenommen, die ehem. Mitarbeiter*innen in EG1 höheren Entgeltstufen zugeordnet.

Angesichts des akuten Personalmangels und der Notwendigkeit, den Arbeitgeber Stadt Stuttgart als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren, ist dies dringend erforderlich.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Gesundheitsamt braucht Stellen für die Umsetzung der Trinkwasserverordnung und zur Koordination der Hebammenversorgung

Wir beantragen die folgenden Stellenschaffungen:

1. 3,0 Stellen insgesamt für Gesundheitsingenieur/-in EG 10 zur Umsetzung der Trinkwasserverordnung (Ifd. 3385) ohne kw-Vermerke (*im Verwaltungsvorschlag wurden nur 2,0 Stellen aufgenommen*),
2. 2,5 Stellen insgesamt für die Sachbearbeitung EG 8 zur Umsetzung der Trinkwasserverordnung (Ifd. 3390) ohne kw-Vermerk (*im Verwaltungsvorschlag wurde nur 1 Stelle aufgenommen*).
3. 1,0 Stelle Hebamme/Entbindungshelfer EG 9a Koordinierungsstelle Hebammenversorgung (Ifd. 3485).

Begründung:

Ad 1 und 2)

Es ist eigentlich skandalös, dass es Aufgabe der Stadträt*innen ist Stellen für grundlegende gesetzliche Aufgaben beantragen zu müssen. Es ist Aufgabe des Gesundheitsamt, durch fachtechnische Überprüfungen von Wasserversorgungsanlagen die Gefahr einer Legionelleninfektion für die Stuttgarter Bevölkerung zu verhindern bzw. zu minimieren. Zur Bearbeitung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben ist qualifiziertes technisches Personal und Verwaltungspersonal unabdingbar. In den letzten Jahren kam es zu einer erheblichen Arbeitsvermehrung (2015 – 2018: Fallanstieg + 68 %) durch einen drastischen Aufgabenzuwachs (2. Änderungsverordnung der Trinkwasserverordnung 2001 sowie 42. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes 2017). Es fällt regelmäßige Mehrarbeit an und Überlastungsanzeigen, sowie krankheitsbedingte Ausfälle können nicht kompensiert werden. Stellenanträge wurden schon in früheren Haushalten nicht in dem erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Ad 3)

Die Hebammenversorgung muss angesichts steigender Geburtenzahlen und zugleich abnehmender freiberuflich tätiger Hebammen dringend verbessert werden. Wie in zahlreichen anderen Kommunen hat sich die Versorgungssituation in der Geburtshilfe auch in Stuttgart zugespitzt. Auch für die Zeit nach der Geburt finden viele Familien keine Hebamme. Laut Hebammenverband Baden-Württemberg lehnen freiberuflich tätige

GESUNDHEIT UND KLINIKEN

Hebammen wöchentlich im Mittel ca. 5-7 Anfragen ab. Die Koordinierungsstelle für die Hebammenversorgung in Stuttgart am Gesundheitsamt hat als wesentliche Aufgaben: den Aufbau eines Netzwerkes freiberuflich tätiger Hebammen sowie das Einrichten und Betreiben einer zentralen Anlaufstelle für Schwangere und Mütter, insbesondere zur Vermittlung an Hebammen, wenn auf Eigeninitiative der Eltern keine Hebamme gefunden werden konnte. Des Weiteren soll mit dieser Stelle ein niedrighschwelliges Beratungsangebot für Schwangere, Mütter und Eltern geschaffen werden, welche keine Hebamme finden konnten.

Thomas Adler *Hannes Rockenbach*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbach
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Gesundheitsschutz durch Stärkung des Gesundheitsamts verbessern – niemand darf zu Schaden kommen!

Wir beantragen:

1. 0,8 Stelle für Facharzt/Fachärztin für Begehungen von Krankenhäusern und ambulant operierenden Arztpraxen sowie bauhygienischen Stellungnahmen

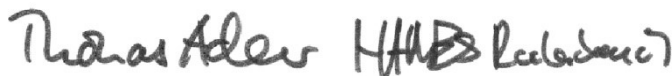
Begründung:

Gesetzlich sind bauhygienische und planerische Stellungnahmen bzgl. Bauanträgen medizinischer Einrichtungen (inkl. Arztpraxen) vorgesehen. Hier ist ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen (2016-2018: + 25 %) bei Anstieg der mittleren Bearbeitungszeiten um 74 % zu verzeichnen. Dies erfordert einen zusätzlichen 0,2-Stellenanteil Fachärztin/-arzt.

Weiterhin sind infektionshygienische Überwachung medizinischer Einrichtungen erforderlich, welche wegen unzureichender Stellenausstattung bislang aus fachlicher Sicht nur inadäquat umgesetzt werden können (0,6 Stellenanteil Fachärztin/-arzt)

Zwar werden akut anlassbedingte Begehungen zeitnah abgearbeitet, der aktuelle Routine-Turnus von mehr als fünf Jahren je Objekt und die Beschränkung auf besonders kritische Bereiche (wie Intensivstationen/ICU) ist – insbesondere im Kontext steigender Raten multiresistenter Erreger und der Notwendigkeit kontinuierlicher Anpassungen des Hygienemanagements – völlig unzureichend und aus fachlicher Sicht bedenklich.

Die beantragten Stellenanteile sind erforderlich, um zum einen den routinemäßigen Turnus zu verkürzen, und zum anderen, um die Untersuchungen auf ebenfalls hygienisch äußerst relevante Bereiche auszuweiten zu können. Kann der gesetzliche Auftrag nicht in der aus fachlicher Sicht erforderlichen Bearbeitungsqualität erfüllt werden, so besteht die Gefahr, dass Menschen in der Folge zu Schaden kommen. (Siehe Artikel: Den Erregern schutzlos ausgeliefert_StZ_11.10.2019)



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019

Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für städtische Beschäftigte unterstützen

Wir beantragen:

1. Die Stellenschaffung von 2 Vollzeitstellen für die Beratung zu Freistellungsmöglichkeiten von Beschäftigten, die Angehörige pflegen. (GRDRs 737/2019)
 - a) 1,0 Stelle A 11 (91.800 Euro 2020/21 ff.) für eine Service-, Informations- und Beratungsstelle für Mitarbeiter*innen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege beim Personalservice des Haupt- und Personalamts (10-5) Grundsatzaufgaben;
 - b) 1,0 Stelle EG 12 (83.000 Euro 2020/21 ff.) zur Verstärkung der psycho-sozialen Beratung für Mitarbeiter*innen in Pflegeverantwortung bei AKR-AGS2.

Begründung:

Diese Stellen, die einvernehmlich von der paritätischen AG Chancengleichheit vorgeschlagen wurden, sind ein Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit für Mitarbeiter*innen der Stadt, denn Pflege Tätigkeit wird überwiegend von Frauen übernommen. Es sind Maßnahme aus dem Maßnahmenplan der DV Chancengleichheit.

Zu 1)

Mitarbeiter*innen werden darüber beraten, welche Freistellungsmöglichkeiten und gesetzliche Möglichkeiten für sie im Falle von Pflegefällen für Angehörige bestehen. Dies wurde im Maßnahmenplan der DV Chancengleichheit vorgeschlagen. Im Bedarfsfall – der meist sehr kurzfristig eintritt – sollen Beschäftigte schnell und unbürokratisch Freistellungsmöglichkeiten zur Bewältigung von Pflegeaufgaben in Anspruch nehmen können. Der Bedarf ist erheblich und steigt aufgrund der soziodemografischen Entwicklung.


Zu 2)

Beratungsstelle für be- und überlastete Mitarbeiter*innen in Pflegeverantwortung. Die Praxis der letzten vier Jahre bzw. die Einführung der Pflegezeitgesetze hat allerdings gezeigt, dass aufgrund der Vielfalt von Regelungen, jeweils unterschiedlicher Anspruchsvoraussetzungen und Antragsverfahren, weder die Personalstellen, noch Vorgesetzte und Mitarbeitende in der Lage sind, rasch zuzuordnen, welche gesetzlichen, tariflichen bzw. städtischen Grundlagen im konkreten Einzelfall greifen.

GESUNDHEIT UND KLINIKEN

Das ist hoch problematisch für die Betroffenen, denn Pflegesituationen treten oft unerwartet auf. Mitarbeiter*innen in akuter Pflegeverantwortung sind bereits durch die zu bewältigenden Pflegeaufgaben bis aufs Äußerste belastet. Noch schwieriger wird es, wenn Pflegesituationen im Ausland entstehen bzw. anders verlaufen als zunächst erwartet und komplexe Tatbestände geprüft, bewertet und attestiert werden müssen. Dies hat schon dazu geführt, dass in einzelnen Ämtern und Eigenbetrieben vielfach unterschiedlich, zum Teil falsch, beraten und entschieden wurde oder sich aufgrund von internen Differenzen Entscheidungen verzögert haben. Um diese Pflegeleistungen sowie organisatorische Belange zu meistern, brauchen Mitarbeiter*innen zur Klärung der notwendigen Feststellung der Bedarfe dringend unbürokratische und schnelle Unterstützung.

Die Stellen sind zudem ein wichtiger Beitrag zur Personalgewinnung und zum Personalerhalt. Aus eigenem Interesse muss die Stadt alle Möglichkeiten nutzen, erfahrenes Personal zu halten, indem Beruf und Pflege von Angehörigen besser miteinander vereinbart werden kann. Als großer Arbeitgeber in dieser wirtschaftsstarken Region steht die Stadt im harten Wettbewerb um qualifizierte Kräfte. Dieses Service-Angebot für das Personal ist ein Beitrag zu Arbeit zu attraktiveren.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender